



cleantech@bbt.admin.ch

Bundesamt für Berufsbildung und
Technologie BBT
Ressort Grundlagen der Innovationspolitik
Konsultation Masterplan Cleantech
Schweiz
Effingerstrasse 27
3003 Bern

25. Februar 2011

Stellungnahme Cleantech Masterplan

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, im Rahmen der Anhörung zum Masterplan Cleantech des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie Stellung nehmen zu dürfen. Als Dachverband der Wirtschaft sind wir, wie kaum eine andere Organisation im Land, seit Jahren mit den von Ihnen aufgetragenen Themen befasst. Wir hoffen daher, unsere Eingabe möge helfen, die Vorlage insgesamt zu verbessern und Ihre Arbeit zu unterstützen.

Als Dachverband der Schweizer Wirtschaft begrüsst economie suisse eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Die Entstehung eines „Masterplan Cleantech“ ist für uns daher inhaltlich und vom Ziel her begrüssenswert. Wir setzen auf die bewährten Massnahmen der Freiwilligkeit und der Selbstverpflichtungen und Branchenvereinbarungen zur Erreichung von Zielen im Bereich Cleantech.

Die Wirtschaft hat mit den Instrumenten Stiftung Klimarappen, Branchenvereinbarungen (z.B. Zementindustrie) und der Energie Agentur der Wirtschaft in den vergangenen zehn Jahren bei der Entwicklung und Nutzung von Cleantech Eindrückliches erreichen können. Mehr als 2000 Firmen engagieren sich bei der ENAW, wobei die Hälfte nicht einmal die Befreiung von der CO₂-Abgabe für sich in Anspruch nimmt. Obwohl die Wirtschaft nur für einen Teil der Emissionen verantwortlich ist, beruht die fast komplette Emissionsreduktion der gesamten Schweiz auf den Leistungen genannter Organisationen.

Die Wirtschaft ist damit nicht das Problem, sondern vielmehr die Lösung. Nur mit technologischer Innovation und Investitionen für den Aufbau und Umbau bestehender Produktionsweisen kann es gelingen, ein „Greening“ der Wirtschaft und der Gesellschaft zu erreichen und langfristig den Ressourcenverbrauch und Emissionen auf ein verträgliches Mass zu senken. Damit ein solcher Prozess gelingen kann, ist es aber ratsam grundsätzliche Regeln der Nachhaltigkeit zu bedenken: So müssen Massnahmen ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich sinnvoll sein. Genauso, wie es nur

„eine Welt“ gibt (Bericht S.5), gibt es nämlich auch nur eine Wirtschaft. Eine Politik, die sich einseitig ausrichtet, z.B. auf die Förderung bestimmter Sektoren zulasten anderer Bereiche, kann kontraproduktive Effekte auslösen und beträchtlichen Schaden anrichten. Dies ist nicht nachhaltig.

Uns sorgt die Wahl des Worts „Plan“, das leicht als lenkende Industriepolitik im Sinn einer staatlichen Wirtschaftsplanung missverstanden werden kann. Wohl ist uns bewusst, dass dies nicht das Ansinnen der Autoren des Masterplans Cleantech des Bundes war, wir möchten aber ganz bewusst darauf hinweisen, dass eine Koordination im Sinn eines Masterplans aus unserer Sicht von den Akteuren der Wirtschaft kommen muss und daher planwirtschaftliche Instrumente generell strikt abzulehnen sind.

Insgesamt anerkennen wir als Ziel eine „Green Economy“, die mittels einem Masterplan Cleantech angestrebt werden soll. Wir lehnen aber eine neue Industriepolitik, die mit Subventionen 17 Branchen (Bericht, S.13) fördern will und sich damit nahtlos an die Tradition in der Landwirtschaftspolitik anschliesst, entschieden ab.

Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass das „Greening“ der Wirtschaft an sich nicht schädlich für die Schweiz ist – sofern an den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Ordnung festgehalten wird. Ganz im Gegenteil. Eine nachhaltige, ressourcenschonende und eine möglichst emissionsarme Wirtschaft ist zukunftstauglich, und sie ist vermutlich sogar konkurrenzfähiger, weil äusserst innovativ.

Im Folgenden werden die zentralen Leitsätze und grundsätzlichen Stossrichtungen der Wirtschaft erfasst, die helfen sollen, die politische Verwirklichung der Zielsetzungen einer „Green Economy“ für die Schweiz zu gestalten und den Masterplan Cleantech weiterzuentwickeln.

– Das Verhältnis der Green Economy zur Wirtschaft

Green Economy soll darauf ausgerichtet sein, alle Bereiche der Wirtschaft und des Staates hinsichtlich Nutzung von Ressourcen, Emissionsreduktion und Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich) zu verbessern. Es ist für die Schweiz von Vorteil, wenn sie in diesem Umfeld weltweit zu den besten Standorten gehört. Dabei ist es entscheidend, dass die Schweiz keinen Alleingang macht, sondern wirtschaftlich sinnvolle Lösungen umsetzt und dies unter Berücksichtigung der Entwicklung in den wichtigsten Standortkonkurrenten. Es geht gerade deshalb darum innenpolitisch durchzusetzen, dass das Greening mit der Wirtschaft und nicht gegen die Wirtschaft politisch verankert wird. Die Grundsätze der freiheitlichen Ordnung der Marktwirtschaft müssen daher auch in einer Green Economy gelten. Nur so kann die Schweiz auch weiterhin das wettbewerbsfähigste Land der Welt bleiben (WEF, 2010).

– Zielsetzungen & Zeithorizont für die Umsetzung einer „Green Economy“ mittels Cleantech

Das Ziel der Green Economy der Schweiz sollte es sein, sich an den international anerkannten und vereinbarten Zielen auszurichten. Ein Alleingang ist nicht sinnvoll und daher abzulehnen. Insbesondere gilt es für die Schweiz auf der Basis der aktuellen Kenntnis, das im Copenhagen Accord festgelegte 2-Grad Ziel für die Klimaerwärmung und das 1-Tonnen-CO₂ Ziel bis 2100 auf geeignete Weise umzusetzen – analog den Überlegungen der ETH. Weitergehende Energieziele halten wir für unnötig, insbesondere das Ziel der 2000-Watt Gesellschaft ist abzulehnen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Nutzung sauberer und erneuerbare Energie zu beschränken sein sollte. Das erste und wichtigste Ziel muss es doch sein, nicht erneuerbare Ressourcen zu schonen - selbst wenn dazu ein Vielfaches an erneuerbarer Energie notwendig ist (z.B. Ersatz von fossilen Treibstoffen durch Strom).

Damit wären die wesentlichen Elemente zur Positionierung der Schweiz als Green Economy aus Sicht der Wirtschaft gesetzt.

Der Weg zum Ziel bestimmt sich aufgrund der technologischen Möglichkeiten und anhand eines Fahrplans, der im Rahmen des Masterplans Cleantech zu erarbeiten ist. Es gilt Zwischenziele zu definieren und zu klären, wie die Ziele mit einer marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Ordnung ohne staatliche Zwangsmassnahmen erreicht werden können. Es gilt die Schweiz als Vorbild zu positionieren und eine Green Economy-Politik zu verfolgen, die Chancen und Möglichkeiten des Wachstums ins Zentrum stellt. Eine klare Absage gilt es einer Green Economy Politik zu erteilen, die das Wachstum hemmt und der wirtschaftlichen Entwicklung schadet. Sollten die internationalen relevanten Rahmenbedingungen sich verändern, dann muss economiesuisse offen sein, die neuen Gegebenheiten zu integrieren und so auch für die Schweiz und die Schweizer Wirtschaft Lösungen zu finden. Entscheidend wird sein, dass die Green Economy-Zielsetzungen den Standort Schweiz im Wettbewerb stärken und nicht hemmend wirken. Deshalb wird ein zentrales Element auch die Analyse des Einflusses der Green Economy auf die Attraktivität des Standortes sein. Diese Fragestellung ist offen und muss geklärt werden, bevor die Politik regulierend aktiv wird.

– Die Definition von Cleantech als entscheidendes Erfolgskriterium

Eine Schlüsselrolle in der politischen Diskussion zur Erreichung der Green Economy kommt dem Begriff Cleantech zu. Cleantech stellt eine Art Instrument dar, das Emissionsreduktionen und Effizienzsteigerungen erlauben soll. Grundsätzlich wird der Begriff falsch besetzt, wenn er verwendet wird, um saubere gegen schmutzige Industrieproduktion zu klassieren. Cleantech ist weder eine bestimmte Industrie, noch eine bestimmte Branche oder ein bestimmter Sektor. Eine Einschränkung auf 17 Branchen (wie im Masterplan des Bundes) ist nicht zielführend. Der Begriff wird oft falsch verwendet und von bestimmten Kreisen für sich beansprucht, um in den Genuss einer besonderen Förderung zu gelangen. Deshalb ist es entscheidend, die Begriffsdefinition richtig zu stellen. economiesuisse übernimmt als Grundlage die Definition der OSEC (Exportförderung): «Cleantech umfasst all jene Produkte, Dienstleistungen und Prozesse bzw. Business Modelle und vorgelagerte Wertschöpfungsstufen, welche einen schonenden Ressourceneinsatz ermöglichen und/oder den Ausstoss von Schadstoffen verringern. Ihr ökonomischer Mehrwert liegt in den tieferen Kosten, der höheren Effizienz oder der gesteigerten Leistung bei gleichbleibendem (oder sogar verringertem) Ressourcen-Verbrauch.» Damit umfasst Cleantech alle Bereiche des Wirtschaftens, die eine reduzierende Wirkung auf Emissionen oder einen schonenderen Ressourceneinsatz zur Folge haben. Cleantech-Firmen sind also z.B. innerhalb jeder Branche diejenigen, die sich durch ein besonders ressourcenschonendes Verhalten auszeichnen.

Cleantech ist (1) ein Verhalten (z.B. Produktionsprozesse optimieren) oder eine (2) Dienstleistung (z.B. Beratung für Prozessoptimierung anbieten, Versicherungsleistung, Finanzierung) oder die (3) Produktion eines Gutes, das Ressourcenschonung ermöglicht/Emissionsreduktion ermöglicht (z.B. Green IT , Videokonferenz statt Reisen, Solarstrompanel, Biotreibstoffe, etc.).

Insbesondere der letzte Teilbereich wird immer wieder thematisiert, wenn es um eine gezielte staatliche Lenkungs politik geht. Die Definition des Bundesrates im Masterplan Cleantech umfasst im Schwerpunkt lediglich den 3. Teil der als Cleantech definierten Firmen und ist selbst dort nur sehr selektiv. Dies ist unbedingt zu korrigieren.

Ein allfälliges Instrument zur Förderung (wie insbesondere von den begünstigten Kreisen immer wieder gefordert wird) einerseits und zur Erhebung der nötigen Mittel für eine Förderung ist sehr oft eine

Lenkungsabgabe. Diese wird zu Gunsten der sogenannten Cleantech Firmen, die im Masterplan Cleantech namentlich aufgeführt sind, ausgeschüttet. Eine solche Politik lehnt *economiesuisse* ab.

Es könnte weiter auch der Eindruck entstehen, die von uns gewählte Definition (s.o.) würde dazu führen, dass jede Form des Wirtschaftens Cleantech ist. Dem ist ebenfalls zu widersprechen: Cleantech ist ein Instrument, das helfen soll, innerhalb spezifischer Sektoren eine im Vergleich zur bestehenden Produktion ökologisch, gesellschaftlich und ökonomisch nachhaltigere Produktionsweise zu etablieren und dies mit einem besonderen Fokus auf die Fähigkeit Emissionen zu senken und Ressourcen zu schonen. Cleantech ist somit auch kein statischer Begriff.

– Regulatorische Massnahmen, die sich positiv auf die Firmen auswirken, müssen das Ziel sein (gemachte Erfahrungen)

o Freiwilligkeit und Zielvereinbarungen statt Subventionen

In der Regel können mit Zielvereinbarungen (z.B. Anteil erneuerbare Energie) bessere Wirkungen erzielt werden als mit anderen Massnahmen. Im Rahmen von freiwilligen Massnahmen und Zielvereinbarungen fällt der Staat nicht die technologische Entscheidung. Er ermöglicht den Wirtschaftssubjekten, sinnvolle und realitätsnahe Lösungen zu finden. Zielvereinbarungen (Verpflichtungen) sind dann gefährlich, wenn sie unrealistisch sind und einseitig von Staatsseite ohne Dialog angesetzt werden und drakonische Massnahmen bei Nichterfüllung vorgesehen werden. Entscheidend ist, dass eine Zielvereinbarung erreichbar ist und mit der Wirtschaft gemeinsam definiert wird. Ein gutes alternatives Modell wäre auch eine Zielvereinbarung, die sich aufgrund einer Selbstverpflichtung einer Branche ergibt.

Selbstverpflichtung ist im Allgemeinen ein System, das sich in der Schweiz bewährt hat: Im Rahmen der Energie-Agentur der Wirtschaft und der Vereinbarung der Zementindustrie haben sich Firmen von einer CO₂-Abgabe befreien können und eigene Zielvorgaben vorgelegt. Dieses doppelte Anreizsystem kann auch für andere Bereiche (Gebäude, o.ä.) genutzt werden.

Alleine bei der ENAW engagieren sich 2000 Firmen aktiv für den Klimaschutz – die Hälfte ohne dafür eine Befreiung von der CO₂ Abgabe in Anspruch zu nehmen. Diese positive Motivation sollte durch eine geeignete Kommunikation gestärkt werden, um das Potential der ENAW weiter auszuschöpfen und neue Firmen für das Modell zu gewinnen.

o Keine Aufspaltung in green vs brown zur Verhinderung von Leakage-Risiken

Entscheidend für den Erfolg von effizienten Regulierungen ist, dass branchenweite Lösungen gefunden werden, die diejenigen begünstigen, die sich besonders anstrengen und für die weniger gut positionierten Firmen Anreize geben, sich zu verbessern. Damit kann eine Aufspaltung der Wirtschaft in saubere und schmutzige Firmen unterbunden werden. Keine akzeptable Lösung sind one-size-fits-all-Steuern, Lenkungsabgaben o.ä. Ihre Wirkung ist oftmals diffus (vgl. CO₂-Abgabe auf Brennstoffen bei den Haushalten oder VOC-Abgabe auf Produkten des Detailhandels) oder prohibitiv und hätte ein „Leakage“ d.h. eine Verlagerung an Standorte mit wesentlich laxeren Rahmenbedingungen zur Folge. Der Nettoeffekt solcher Massnahmen ist unerwünscht. Falls staatliche Lenkungsmaßnahmen in Betracht gezogen werden, sollte die Möglichkeit zur Befreiung aufgrund freiwilliger Massnahmen vorgesehen werden. Es geht darum, dass Behörden und Unternehmen miteinander und kooperativ das Vorgehen definieren können.

o Effizienzsteigerung durch privatwirtschaftlich induzierten Wettbewerb

Innerhalb einer Branche lässt sich der Wettbewerb für Innovationen steigern, indem die einzelnen Unternehmen gegeneinander innovieren. In Japan hat man mit dem Modell Top Runner gute

Erfahrungen gesammelt. Entscheidend ist, dass solche Modelle nicht staatlich, sondern privatwirtschaftlich organisiert werden – wie in Japan. Die Modelle beruhen auf der Tatsache, dass der Innovationswettbewerb letztlich für alle gewinnbringend ist. Das japanische Modell war deshalb erfolgreich, weil es von Industriebetrieben aus eigener Initiative in einem Segment durchgeführt wurde, in dem Japan weltweit führend war und ist (Consumer Electronics).

- Messinstrumente zur Erfolgsmessung bestehen heute nicht. Entscheidende Kriterien für eine Messung sind die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität für Investitionen

Derzeit besteht ebenso ein Manko bei der Messung der Ergebnisse von Massnahmen und Lenkungen. Staatliches Ziel muss es sein, die Wirkungen von Massnahmen vernünftig zu messen und wirkungsvolle bzw. wirkungslose Massnahmen zu korrigieren. Nur so kann eine verfehlte Technologieförderung erkannt und wieder gestrichen werden (z.B. Solarförderung nach deutschem Vorbild, Abwrackprämie nach deutschem Vorbild). Das wichtigste Messkriterium dürfte die Wettbewerbsfähigkeit des Landes sein und die Attraktivität für private Investoren in der Schweiz zu investieren.

Die Anforderungen an staatliche Massnahmen und deren Messung müssen so gestaltet sein, dass die effektive Reduktionswirkung (Ressourcenschonung und Emissionsreduktion) ebenso geplant werden müssen, wie die erwarteten negativen und positiven volkswirtschaftlichen Effekte. Massnahmen dürfen nicht einseitig auf die Verbesserung einer bestimmten Kenngrösse ausgerichtet werden, sondern müssen alle Aspekte (ökonomisch, ökologisch und gesellschaftlich) berücksichtigen. Abweichungen müssen erklärt werden und Korrekturen vorgenommen werden. Die Beurteilung muss unter Einbezug der betroffenen Akteure und der politischen Akteure erfolgen. Absolut fatal wäre das Abwandern von Firmen aufgrund einer falsch verstandenen Cleantech-Strategie der Schweiz.

- Positionierung des Standortes ist bereits gut, auf dieser Stärke ist aufzubauen

Die Schweiz ist als umweltfreundlicher Standort schon heute sehr gut positioniert: „Switzerland is Cleantech“. Geschlossene Stoffkreisläufe und insbesondere die CO₂-arme Stromproduktion sind ein grosser Standortvorteil. Gleichzeitig verfügt die Schweiz z.B. im Bereich Dienstleistungen (Banken und Versicherungen), im Bereich der Forschung und im Bereich der Gebäudestandards über erhebliches Know-how. Dieses kann nutzbar gemacht und in der internationalen Positionierung hervorgehoben werden. Eine vertiefte Potentialanalyse wird zeigen, wie sich diese Vorteile quantifizieren lassen und wie sich der Standort diese zu Nutzen machen kann. Ebenso muss die Potentialanalyse aber auch gefährdete Bereiche zeigen können, in denen die Schweiz den Anschluss verpassen kann. economiesuisse lässt diese Potentiale derzeit untersuchen und rechnet im Herbst 2011 mit Ergebnissen.

- Bildung & Innovation müssen frei sein, auch in der Green Economy

Bildung und Innovation sind ein grosser und wichtiger Hebel für die Umsetzung der Green Economy. Sowohl Forschung als auch Entwicklung müssen sich aber frei entfalten können und dürfen nicht staatlich technologisch und technokratisch fokussiert werden. Ganz generell sind die Naturwissenschaften (MINT, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) zu stärken, und der Übergang von Forschung zu unternehmerischer Tätigkeit soll so einfach wie möglich gestaltet sein. Der Grundsatz ist einfach. Die Regeln der Ökonomie gelten auch in der Green Economy.

- Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist der zentrale Erfolgsfaktor und das wichtigste Messkriterium auch in einer Green Economy

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz hängt entscheidend davon ab, dass sich der Standort nicht von der europäischen, nordamerikanischen und asiatischen Realität entkoppelt: „If you want to walk fast, walk alone – if you want to walk far, walk together.“ Wir sind als kleiner Mitspieler im internationalen Markt darauf angewiesen, Standards und Normen aus diesen Regionen zu integrieren, offene Märkte zu erhalten und uns in multilateralen Gremien auf gemeinsame Vorgehensweisen zu verständigen. Ein Alleingang der Schweiz ist schädlich, überbordende Ziele und Regulierungen dienen dem Standort nicht, sondern verursachen grossen Schaden (Carbon Leakage, das Abwandern von Firmen aufgrund überbordender Regulierungen, wird letztlich zum gesellschaftspolitischen Bumerang. Jede Firma, die geht, stärkt jene Kreise, die eine Green Economy bekämpfen). Für die Analyse der Ziele, die sich die Schweiz setzen soll, ist deshalb insbesondere zu berücksichtigen, welche Ziele die für uns relevanten Konkurrenten im Standortwettbewerb verfolgen.

– Die Bedeutung der internationalen Entwicklung ist für die Schweiz als Exportnation entscheidend

o Internationale Klimapolitik

Die Schweiz muss sich auch weiterhin international für verbindliche Klimaziele einsetzen. economiesuisse unterstützt die Haltung des Bundes, der sich für einen Mix aus Massnahmen im Inland und Ausland sowie ein Reduktionsziel von 20% bis 2020 ausspricht. Dies ist die Haltung der EU, unseres wichtigsten Handelspartners. Verändern sich die Rahmenbedingungen, dann müssen diese in der Schweiz reflektiert und die Zielsetzungen angepasst werden. Wichtig ist, dass sich vor allem international tätige Firmen darauf verlassen können, dass die Schweiz sich an internationalen Rahmenbedingungen ausrichtet. Dies schafft Sicherheit für Investitionen und baut Vertrauen auf.

o OECD Green Growth Strategie als Leitfaden aktiv mitgestalten

Die Schweiz soll an den Arbeiten partizipieren und eine neue Industriepolitik im Sinn eines New Green Deal verhindern und gleichzeitig eine realistische Grundlage für eine ressourcenschonende und emissionsarme Green Economy auf freiheitlicher und marktwirtschaftlicher Basis erwirken.

o WTO – Freihandel weiter vorwärtsbringen und Märkte öffnen

Die globale Entwicklung profitiert von offenen Märkten. Unter dem Namen der Green Economy werden teilweise protektionistische Massnahmen gefordert (border tax). Diese sind klar abzulehnen. Gleichzeitig ist in Ländern mit hoher Emission auf die Entwicklungszusammenarbeit zu setzen, damit mittelfristig das Greening auch in Schwellen- und Entwicklungsländern erfolgen kann. Gerade die erfolglosen Diskussionen um spezielle Zollerleichterungen für Green Goods zeigten aber die Grenzen des Greening of Trade klar auf. Methodologisch ist es nicht gelungen, einen tauglichen Ansatz zu entwickeln. Bereits die Definition von Green Goods erwies sich als nahezu unlösbar.

o Standardisierungen aus dem Ausland übernehmen und verbessern, wo sinnvoll

Die Schweiz ist ein kleines Land mit einer hohen Normierungs- und Standardisierungsdichte, die teilweise international, teilweise europäisch oder national orientiert ist. Mit der zunehmenden Globalisierung von Normen und Standards ist es für die Schweiz wichtig, auch hier international ausgerichtet zu sein: Es gilt, wo möglich, internationale Normen zu prägen, als Minimalziel müssen möglichst viele international anerkannte Standards in Schweizer Normen übersetzt und vergleichbar gemacht werden.

Die gemachten Überlegungen zeigen, dass sich economiesuisse intensiv mit der Frage Cleantech beschäftigt und gerne bereit ist, die gewählte politische Auseinandersetzung des Bundesrates und des Parlamentes mit dem Thema zu unterstützen. Entscheidend wird sein, dass Cleantech nicht als

politisches Strohfeuer abgehandelt, sondern im Prozess der Green Economy eingebettet wird. Damit wird die bereits bestehende Ausrichtung der Schweizer Wirtschaft auf effiziente Produktion (Schonung von Ressourcen und Steigerung der Energieeffizienz) weiter geführt. Nicht zielführend sind die Auftrennung der Wirtschaft, die Schaffung einer neuen, von Subventionen abhängigen Branche, die Einführung neuer Lenkungsabgaben oder Steuern, der Aufbau einer politisch motivierten Industriepolitik und ganz generell ein Alleingang der Schweiz im internationalen Kontext.

Zur Erreichung einer Green Economy ist die Wirtschaft die Lösung – es ist entscheidend, diesen Weg mit der Wirtschaft zu gehen und den Erfolg des Masterplans Cleantech daran zu messen, wie sich die Wirtschaft im Allgemeinen entwickelt und insbesondere daran, inwiefern es gelingt, energieintensive Firmen in der Schweiz zu halten. Gerade die energie- und kapitalintensiven Betriebe übernehmen heute schon, z.B. als Recycler und Entsorger, volkswirtschaftliche Vorbildfunktionen hinsichtlich energieeffizienter und ressourcenschonender Prozesse. Sie brauchen auch den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Auch erwähnt sei die Innovationskraft der Zementindustrie, die aufgrund freiwilliger Massnahmen und Selbstverpflichtungen bereits heute auf den Einsatz der Best Available Technology setzt.

economiesuisse erarbeitet derzeit einen eigenen Masterplan für Cleantech, der im Herbst 2011 zur Verfügung stehen wird. Ebenso planen wir die Publikation einer von der ETH/KOF erstellten Studie, die die effektiven Potentiale für Cleantech in der Schweiz ausleuchtet und alle Bereiche Innovation, Anwendung, Dienstleistungen und Exporte miteinbeziehen wird.

Wir fordern daher klar, dass der Masterplan Cleantech des Bundes grundlegend im Sinn unserer Eingabe überarbeitet wird, mit dem Ziel, die gesamte Wirtschaft einzubeziehen. Es wäre verkehrt, die vorgeschlagenen Massnahmen umzusetzen, ohne vorher die nötige Grundlagenanalyse gemacht zu haben. In der heute vorliegenden Form läuft der Masterplan Cleantech auf ein falsches Ergebnis hinaus.

Wir werden uns erlauben, Ihnen die Ergebnisse unserer Studie ebenfalls zukommen zu lassen. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Rückfragen und weitere Überlegungen sehr gerne zu Ihrer Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Dr. Pascal Gentinetta
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Dominique Reber
Mitglied der Geschäftsleitung